Niederschrift

28. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Oktober 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 8 der Tagesordnung: Förderprogramm Starkregenvorsorge
Vorlage: 2026/0596

Punkt 8.1 der Tagesordnung: Förderprogramm Starkregenvorsorge
Gemeinsamer Änderungsantrag FÜR und FDP/FW
Vorlage: 2026/0596/1

Beschluss:
Der Gemeinderat beschließt die beiliegende Richtlinie zum Förderprogramm „Individuelle Beratung zur privaten Starkregenvorsorge“ und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung im Jahr 2027.

Abstimmungsergebnis:
8.1, Ziffer 1: Mehrheitlich abgelehnt (13 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen)
8.1, Ziffer 2: Mehrheitlich abgelehnt (16 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen)
8: Mehrheitlich zugestimmt (28 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 8 und 8.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 30. September und im Haupt- und Finanzausschuss am 13. Oktober 2026.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Starkregen könnte uns jetzt nach Monaten der Dürre als ein fernliegendes Problem erscheinen, und ich glaube, im Moment würden wir uns alle wünschen, wenn es einmal etwas mehr regnen würde. Aber wenn es dann zu viel aufs Mal ist, dann haben wir genau das Problem, dass wir eben torrentielle Niederschläge kriegen, die dann massive Schäden auslösen können. Dürre und Starkregen, beides sind Folgen des Klimawandels, und auf den muss sich die gesamte Stadt Karlsruhe einstellen, sowohl die öffentliche Seite, der öffentliche Teil der Stadt mit Straßen, Plätzen, Gebäuden, Infrastrukturen, aber natürlich auch der private Teil der Stadt, die Wohngebäude, Gewerbegebäude und so weiter. Natürlich ist es die Pflicht und Aufgabe der privaten Eigentümer*innen, für ihre eigenen Gebäude zu sorgen. Wir können allerdings mit solch einem Förderprogramm hier einen Impuls geben, damit Eigentümer*innen sich verstärkt mit dem Thema Starkregen und den Anpassungen an den Klimawandel auseinandersetzen. Und es hat auch eine positive Wirkung auf die Stadt. Je mehr private

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

Eigentümer*innen aktiv vorsorgen werden, desto weniger werden Starkregenereignisse in der Zukunft auch die öffentlichen Infrastrukturen und öffentlichen Dienste belasten. Zum Beispiel werden Feuerwehren dann weniger Keller auspumpen müssen. Dieses Programm soll kein Dauerprogramm sein, und das begrüßen wir auch. Es wird ein Ausprobieren für ein Jahr sein. Und wir lehnen auch diesen Änderungsantrag ab, dem überhaupt keine Chance zu geben. Wir wollen hier die Wirkung kennenlernen, und wir wollen Erfahrung gewinnen. Und zum Thema Informationskampagne, wir vertrauen darauf, dass die Verwaltung das Förderprogramm natürlich mit einem Informationsangebot begleiten wird, damit das Förderprogramm überhaupt bekannt wird, und damit kommt auch das Thema wieder in die Öffentlichkeit.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Starkregen haben wir ja auch in der Vergangenheit durchaus erlebt und gesehen, was hier passieren kann. Es ist noch nicht so angekommen eigentlich, oder viele machen sich zwar Gedanken, aber so richtig in der Umsetzung ist dieses Problem noch nicht. Deswegen sind wir der Auffassung, dass wir hier etwas tun sollten. Und ich glaube, es ist nicht nur so, dass man jetzt da Private berät, sondern durch die Privaten wird dieses Thema breit ausgeweitet und geht zu anderen auch. Und man befasst sich damit und begleitend noch durch eine Kampagne, die ja gar nicht viel kosten muss, aber die einfach auf das Problem hinweist, können wir jetzt für ein Jahr die Sache vorantreiben und damit einen Schutz in dieser Stadt für die privaten Hausbesitzer, für die Mieter, aber auch für die Stadt als solche erreichen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Als regelmäßiges Mitglied des Beirates der Starkregenvorsorge, so nennt sich der Beirat, glaube ich, er tagt in 14 Tagen wieder, muss ich sagen, wir sind also alle schon sehr informiert, was die Stadt bringt im Rahmen der Starkregenvorsorge. Also, ich spreche jetzt einmal von den Bergdörfern, wo ich ja auch lebe. Da werden Regenrückhaltebecken tiefer gelegt, vergrößert. Da werden also Bordsteine verlegt. Da wird also wirklich viel gemacht und dank der Stadt auch dafür, dass also hier vorgesorgt wird vonseiten der städtischen Behörden, der städtischen Ämter und die Gelder dazu auch bereitgestellt werden. Aber immer wieder bei den Veranstaltungen, ich habe ganz besonders eine große Veranstaltung in Stupferich im Kopf, wo also wir informiert worden sind – wenn ich wir sage, meine ich wir Ortschaftsräte – , was tut die Stadt, was muss der Bürger tun.

Die Stadt tut vieles, ich habe das gerade eben im Moment aufgeführt, aber der Bürger hat auch eine Eigenverantwortung. Ich kenne die Situation, wenn der Keller übergelaufen ist, kommt man dann und sagt, aber die böse Stadt hat nicht genug vorgesorgt. Nein, der Bürger, und ich bin auch Hausbesitzer, wir müssen auch selbst etwas tun. Und ich komme auch noch einmal darauf zurück, was die Stadt tut. Ich zeige Ihnen einmal hier zwei Broschüren. Die liegen in jedem Bürgerbüro und in jeder Ortsverwaltung aus: „Regen bringt Segen, Versickern statt ableiten – Ratgeber der Stadt Karlsruhe.“ Schutz vor Kellerüberflutung, ich habe also eine Flut von Papieren und Auszügen aus dem Internet, wo sich der Bürger informieren kann. Das reicht offensichtlich nicht aus, aber ich sehe auch, durch eine Kampagne, wenn ich jetzt morgen mir einen Berater kommen lasse, lasse mich beraten, lege die Rechnung und das Protokoll vor, kriege ich einmalig 500 Euro. Das kommt den Hausbesitzern, den Wohnungseigentümern zugute. Da kann man sich auch streiten, ob das also nicht in die falsche Richtung gelenkt wird. Da sehe ich also jetzt nicht die Möglichkeit, das zu fördern oder beziehungsweise das Bewusstsein zu fördern. Wir sind also der Meinung, und das ist der nächste Punkt, ich muss einmal erklären können, warum 50.000 Euro, wo wir überall sparen müssen, für so eine Kampagne oder für so eine Aktion ausgegeben werden sollen. Wir sehen die also nicht als sinnvoll an. Wir würden daher den Ergänzungsantrag beziehungsweise den Antrag der Freien Wähler/FDP unterstützen, 25.000 Euro,

um diese Kampagne oder beziehungsweise diese Information, die ich Ihnen gerade gezeigt habe, vielleicht auszubauen, zu erneuern oder zu modernisieren, und die restlichen 25.000 Euro wieder dem Haushalt zurückzuführen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Die Argumentation von der Frau Ernemann, die wir gerade gehört haben, die war eigentlich so ähnlich wie das, was ich mir für meinen Redebeitrag vorgenommen hatte. Sie hat darauf hingewiesen, dass es schon sehr viel Information gibt zu dem Thema, dass Hauseigentümer für diese Dinge selbstverantwortlich sind. Es ist auch so, dass auf der Homepage der Stadt noch viel Information bereitgestellt wird. Und wir wissen ja, was wir hier schon diskutiert haben an Sparmaßnahmen und wie wir manche Vereine hart treffen mit unseren Sparmaßnahmen und wie wir die Bürger an vielen Stellen hart treffen. Und vor dem Hintergrund halten wir es nicht für richtig, dass hier 50.000 Euro für private Beratungen ausgegeben werden sollen. Aus unserer Sicht ist die Stadt dafür nicht zuständig. Das ist einfach nur ein Geschenk an die Bürger, die nicht in der Lage sind oder nicht willens sind, sich selbst dafür einzusetzen, dass sie eine vernünftige Beratung bekommen. Aus unserer Sicht ist die Stadt für ganz andere Dinge zuständig im Bereich von Starkregenereignissen und Hochwasserschutz, nämlich dafür, dass die Kanalisation leistungsfähig genug ist, dafür, dass Bebauungspläne überprüft werden.

Ich kenne Beispiele, wo Sickergruben, die ursprünglich im Bebauungsplan vorhanden waren und die die Kanalisation entlastet haben bei solchen Ereignissen, wo die dann nachher von der Stadt akzeptiert wurden, dass die alle dicht gemacht wurden und dass die Entwässerung in dem eigentlich zu klein ausgelegten Kanal erfolgt. Das sind Dinge, die aus unserer Sicht von der Stadt angegangen werden müssen. Also dort, wo die Stadt eigentlich ihre Aufgaben hat, da soll sie tätig werden und für einen guten Starkregenschutz und für einen guten Hochwasserschutz einstehen und nicht für ein Placebo für Bürger, die sich das eigentlich selbst leisten können. Wir lehnen den Antrag ab.

Stadtrat Gaukel (Volt): Frau Fahringer hat es ja vorhin gesagt, wir haben ja wohl dann doch ein paar Punkte, wo wir über Haushaltsentscheidungen sprechen, die wir ja eigentlich getroffen haben. Also, vielleicht auch bei dem Punkt, wir haben ja beschlossen, wir wollen das machen. Wir waren da gemeinsam dafür. Natürlich können wir über Einzelpunkte immer wieder reden, aber das vielleicht auch einmal für den Rahmen. Die Stellungnahme der Stadt kam ja leider jetzt erst hoch. Ich habe vorhin auch ganz eifrig aktualisiert. Mittlerweile ist sie ja da. Ich glaube aber, dass sie noch nicht alle Redner*innen erreicht hat, bevor hier diese Diskussion nun kam. Aber da steht ja ganz klar drin, dass der Änderungsantrag, der Ergänzungsantrag an der Stelle nicht sinnvoll ist und ja auch nicht umsetzbar ist mit dem Budget, weil dafür ja dann auch wieder Personal fehlen würde. Von daher, im Endeffekt haben wir jetzt dann eher die Entscheidung, nehmen wir den Antrag, wie er ist oder nicht. Über Kürzungen des Gesamtvolumens wäre dann eher die Frage, ob man das diskutieren möchte. Grundsätzlich sind wir aber daher gegen den Änderungsantrag, da mehr in die Information zu stecken. Frau Ernemann hat ja selber aufgezeigt, was wir schon für eine Informationsflut haben. Da bräuchten, glaube ich, sowieso die Leute eher die Beratung, wie sie mit dieser Flut dann wieder umgehen können. Von daher ist dann noch mehr Information ja vielleicht nicht die richtige Stelle. Da haben wir wohl auch eher kein Erkenntnisproblem in der Stadt oder der Bevölkerung, sondern ein Umsetzungsproblem. Und genau dafür ist ja so eine zielgerichtete Beratung, die dir eben nicht einfach sagt, was kann man für Starkregen tun, sondern spezifisch für deine Immobilie, was du für die

Starkregenvorsorge tun kannst. Von daher, dass das ein sinnvolles, ergänzendes Projekt ist, ist da erst mal klar. Ob es am Ende dann das Geld wert ist, das kann man nur am Ende sagen.

Von daher sind wir dafür, dass wir diesen Posten beibehalten. Er ist ja sicherlich auch schon vorbereitet. Von daher, lasst uns das jetzt umsetzen in diesem Jahr, das dann bitte aber auch von der Stadtverwaltung evaluiert. Und dann können wir ja im nächsten Haushalt dann darüber sprechen, ob es etwas gebracht hat, ob es vielleicht auch schon ausreichend war, und wie wir da weiter tun, aber jetzt nicht versuchen, kurzfristig das Geld irgendwie von A nach B zu schieben, weil sonst kommt es definitiv nicht effektiv an.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Jetzt kommt eine Mischmeinung. Unsere Fraktion beantragt eine getrennte Abstimmung der Punkte des Antrags von FÜR und der FDP. Wir finden eine Informationskampagne, insbesondere das Ganze mehr in die Öffentlichkeit zu bringen, auch über soziale Medien, für sinnvoll. Wir lehnen aber Punkt 2 des Änderungsantrags absolut ab. Das Restbudget sollte, wie vorgesehen, für Beratung nutzbar bleiben.

Stadtrat Haug (KAL): Die Notwendigkeit und der bestehende Handlungsdruck zur Starkregenvorsorge ist offenkundig. Beim Starkregenrisikomanagement greifen verschiedene Verhaltensempfehlungen, Vorkehrungen und Maßnahmen ineinander. Und wesentliche Grundlage dieses Managements ist die Starkregengefahrenkarte der Stadt. Auf dieser Grundlage können Eigentümer*innen erkennen, ob Eigenschutzmaßnahmen für Gebäude notwendig und sinnvoll sind, ob Handlungsbedarf besteht. Und in aller Regel ist eine fachliche Beratung sinnvoll. Mit dieser anteiligen Förderung der Erstberatung sollen Eigentümer*innen ermutigt werden, diesen ersten Schritt zu gehen. Diese Maßnahmen haben oftmals einen sehr guten Nutzen-Kosten-Wert, und der finanzielle Aufwand für die Stadt ist überschaubar. Die bei Schadensereignissen erforderlichen Einsätze der Feuerwehr werden bei einer möglichst flächendeckenden Umsetzung der Maßnahmen zurückgehen und damit zu einer Entlastung beitragen. Wir von der Karlsruhe-Liste stimmen dem Förderprogramm Starkregenvorsorge gerne zu.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich spreche für die FDP, die Freien Wähler und für FÜR Karlsruhe. Ich bin bei der Antwort jetzt ein bisschen irritiert. Sie geben ja die Hälfte des Geldes aus, oder es ist geplant für Informationskampagnen. Das ist ja die Absicht der Stadt, aber Sie bezahlen gleichzeitig die Formate, die bei dem Änderungsantrag drinstehen, das machen wir alle schon. Also, ich weiß nicht genau, was Sie geplant haben, aber es irritiert mich schon ein bisschen, was Sie da alles vorhaben. Ich zweifle nicht an dem, dass Sie intelligente und kluge Dinge vorhaben, aber da haben wir gar nichts dagegen. Wir haben ja vorgeschlagen, die Hälfte dafür zu nehmen, und die andere Hälfte, da müssen wir uns als Stadt wirklich fragen: Wofür ist die Stadt verantwortlich? Wofür ist der einzelne Bürger, die Bürgerin verantwortlich? Zumal die Immobilienbesitzer, das sind in der Regel nicht die Ärmsten, die werden hier an der Stelle gefördert, und da können wir viele Förderungen in der Stadt aufmachen, um so etwas zu gewährleisten. Deswegen stellen wir hier die Frage, die Informationskampagne ist für uns genau richtig und zielgerichtet. Deswegen, das wollen wir einsetzen. Und diesen Impuls, den müssen wir geben, dass die Leute nicht überrascht werden vom nächsten Starkregen. Also, sie sollen informiert sein, aber verantwortlich sind sie selber. Deswegen, an dieser Stelle können wir diesem Antrag der Verwaltung nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank, ich möchte noch einmal auf das anknüpfen, was Herr Haug ausgeführt hat. Wir haben kein Erkenntnisproblem, und ich glaube, das hat auch jeder

verstanden, dass wenn er an irgendeiner Schräge ein Haus hat, dass er von Starkregen betroffen sein kann, manchmal auch wenn er unterhalb der Schräge ist. Und die Kartierung der Stadt gibt ja eine ganz individuelle Auskunft. Nur zu wissen, dass man dann möglicherweise gefährdet ist, nutzt ja nichts, man muss sich dann mit eigenen Maßnahmen auseinandersetzen. Und manche sind auch deswegen relativ wohlhabend, weil sie immer schauen, dass sie Rabattsysteme nutzen und Ähnliches. Und da müssen wir ein bisschen die Motivation schaffen, dass der Einzelne sagt: „Jetzt lasse ich mich individuell beraten, denn ich brauche am Ende eine individuelle Beratung." Es geht ja dann darum, wo sind die Hauseingänge, wo ist ein Kellerfenster, wie kann ich denn da gucken, dass, wenn das Wasser einmal die Straße herunterläuft, da nicht eindringt. Und ich sage einmal so: Wenn das jetzt für die 50.000 Euro viele nutzen, haben wir am Ende weniger Keller, die wir auspumpen müssen. Wir haben weniger Einsätze der Feuerwehr. Also, ich sehe schon durchaus einen gesellschaftlichen Mehrwert.

Und ich bin bei Ihnen, Herr Stadtrat Kalmbach. Wenn es so wäre, dass die Leute alle nicht informiert genug wären, dann wird ja das Geld einfach im Topf liegenbleiben. Und dann können wir uns anschließend noch überlegen, ob das denn ausgereicht hat. Aber ich würde jetzt eher den umgekehrten Weg empfehlen, dass wir einmal dieses Unterstützungsprogramm anleiern und damit den moralischen Druck erhöhen, das dann, was man dann auch an individueller Beratung bekommt, auch umzusetzen und das nicht nur zum Nutzen des Einzelnen, sondern am Ende auch zum Nutzen der Gemeinschaft. Denn es ist ja klar, entweder die Versicherung wird belangt, wenn Sie über den BGV versichert sind, ist es indirekt auch wieder unser Geld. Wenn es die Feuerwehr trifft, die auspumpen muss, hat sie sicherlich einen teureren Einsatz als die 500 Euro, die wir da jetzt ausgeben. Und von daher probieren wir das jetzt einmal. Es kann keine Dauerförderung sein, das will ich ganz klar sagen. Das ist zeitlich befristet, es ist vom Budget befristet, wir werten es aus. Und es kann nicht der dauerhafte Anspruch sein an die Stadt, dass wir alle individuellen Risiken ausschließen. Das ist auch korrekt, weil wir das gar nicht bezahlen können, aber im Rahmen der von Ihnen freigegebenen Budgets passt das gut rein. Und wir erreichen noch einmal eine Zielgruppe, die an der Stelle auch für die Gemeinschaft sehr sinnvoll ist.

Ich rufe damit auf den Änderungsantrag. Ich würde die Ziffer 1 und die Ziffer 2 getrennt abstimmen. Die Ziffer 3 hätte sich gegebenenfalls erledigt. Also, die Ziffer 1 des Änderungsantrags FÜR Karlsruhe/FDP/Freie Wähler steht zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung, damit hat sich die Ziffer 3 erledigt.

Stadtrat Kehrle (CDU): Ich habe auch abgelehnt.

Der Vorsitzende: Abgelehnt, also 31 zu 13 ist dann die Ablehnung, vielen Dank.

Wir kommen damit zur Ziffer 2 des Änderungsantrags. Da geht es um die Streichung des Förderprogramms für individuelle externe Einzelberatungen. Und auch da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit bleibt es bei der unveränderten Beschlussvorlage, die ich jetzt zur Abstimmung stelle, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung, vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
26. Oktober 2026